

Initiativantrag an den Landesparteitag am 4.11.2009
zum Antrag der Verhandlungsgruppe „Koalitionsvertrag annehmen“

EinreicherInnen:

Peer Jürgens

UnterstützerInnen:

Artur Pech (KV Oder-Spree), Elvira Strauß (KV Oder-Spree), Peter Engert (KV Oder-Spree), Bettina Fortunato (KV Märkisch Oderland), Carolin Steinmetzer-Mann (KV Elbe-Elster), Torsten Krause (KV Uckermark), Renate Adolph (KV Märkisch-Oderland), Petra Joseph (KV Oder-Spree), Gerlinde Stobrawa (KV Oder-Spree), Monika Huschenbett (KV Oder-Spree), Stephan Wende (KV Oder-Spree), Konrad Hannemann (KV Oder-Spree), Marco Büchel (KV Märkisch Oderland)

Energiewende gemeinsam herbeiführen

DIE LINKE Brandenburg bekräftigt ihre Position, dass weder die Braunkohleverstromung noch die CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS-Technologie) einen strategischen Ausweg darstellen. Der im Koalitionsvertrag gefundene Kompromiss hebt keinen unserer Beschlüsse oder Ziele in der Energiefrage auf. Wir haben im Wahlkampf klar auf der Seite jener gestanden, die sich gegen neue Tagebaue und gegen die CO₂-Endlager ausgesprochen haben und werden auch weiterhin an ihrer Seite stehen. Es bestehen immer noch ernsthafte ungeklärte Fragen, die Risiken sind bisher weitgehend unerforscht.

Dennoch müssen wir feststellen, dass die bundespolitischen und bundesrechtlichen Rahmenbedingungen derzeit weder den Aufschluss neuer Tagebaue noch die Erkundung von CO₂-Endlagerstätten verhindern können. DIE LINKE wird daher mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln eine Änderung dieser Rahmenbedingungen anstreben – ob auf politischem Wege oder als Teil von Bürgerprotest. In diesem Sinn begrüßen wir die im Koalitionsvertrag festgelegten ersten Schritte zur Änderung des Bundesrechts.

In den von Abaggerung oder CO₂-Verpressung potentiell betroffenen Gebieten werden wir als LINKE weiterhin vor Ort sein und gemeinsam mit den Menschen agieren. Zusätzlich wollen wir in der Regierungsverantwortung die Möglichkeiten für einen breiteren, offeneren Dialog mit den Betroffenen nutzen. Auch in dieser Offenheit und Transparenz sehen wir einen Politikwechsel.

Wir werden als LINKE sehr genau auf die Einhaltung der im Koalitionsvertrag benannten Voraussetzungen und Hürden achten, die vor einer Erprobung der CO₂-Verpressung erfüllt bzw. überwunden werden müssen. Der Nachweis der Nicht-Gefährdung von Menschen und ihrem Eigentum sowie die Nicht-Beeinträchtigung der natürlichen Lebensgrundlagen von Tieren und Pflanzen haben dabei für uns oberste Priorität.

Letztlich stehen wir als LINKE vor der Herausforderung, für eine Energiewende im Land zu werben. Uns kommt die Aufgabe zu, den Vorrang für Erneuerbare Energien mit Leben zu füllen und im Land Brandenburg auf allen Ebenen für die Einführung von Erneuerbare Energien zu werben. Nur so können wir die klimaschädliche Braunkohleverstromung und die CCS-Technologie langfristig überflüssig machen und dadurch gemeinsam die Energiewende schaffen.

Begründung:

erfolgt mündlich